Bilanz von 35 Jahren

Aus der Perspektive von 35 Jahren erwies sich **der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag als eines der dauerhaftesten politischen Fundamente in Mittel- und Osteuropa nach dem Ende des Kalten Krieges.** Er schuf einen Rahmen, in dem Unterschiede und Konflikte durch Verhandlungen und Zusammenarbeit und nicht durch Eskalation von Streitigkeiten und Konfrontationspolitik gelöst werden konnten. Das von Polen und Deutschland geschaffene Annäherungsmodell wurde zu einem Vorbild für andere Staaten.

Die meisten Bestimmungen des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags wurden umgesetzt oder verloren infolge tiefgreifender geopolitischer Veränderungen und der europäischen Integration ihre ursprüngliche Bedeutung. Die Sicherheitsklauseln in den Artikeln 6 und 7 verloren nach dem Beitritt Polens zur NATO im Jahr 1999 ihre praktische Bedeutung. Viele detaillierte Regelungen zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und administrativen Zusammenarbeit wurden nach dem EU-Beitritt Polens im Jahr 2004 durch das Recht der Europäischen Union ersetzt.

Der Vertrag half, dauerhafte Grundlagen politischer, parlamentarischer, regionaler und gesellschaftlicher Zusammenarbeit zu schaffen. Kommunale Kontakte, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jugendaustausch sowie Bildungs- und Wissenschaftsprojekte entwickelten sich in einem in unserer gemeinsamen Geschichte unbekannten Ausmaß. Die Grenze wurde von einer trennenden Barriere zu einem Raum alltäglicher Zusammenarbeit und des Austauschs.

Ein dauerhaftes Zeichen des Dialogs blieb der auf Grundlage des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags eingerichtete Deutsch-Polnische Preis, der „für besondere Verdienste um die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen“ verliehen wird. Zu seinen Preisträgern gehörten unter anderem **Władysław Bartoszewski und die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth** – Persönlichkeiten, die Idee der Versöhnung und der Verantwortung für die gemeinsame Erinnerung symbolisieren.

> ***„Im gesamten Zeitraum 1991–2004 hielten beide Staaten – trotz wechselnder Regierungskoalitionen in Warschau und Berlin – am Beitritt Polens zur Europäischen Union als gemeinsamem strategischem Ziel fest“***

– betonte der Botschafter und stellvertretende Außenminister Jan Truszczyński.

Die Bilanz der letzten Jahrzehnte ist jedoch nicht ausschließlich eine Erfolgsgeschichte. In den deutsch-polnischen Beziehungen traten wiederholt Spannungen auf, die nicht nur die schwierige Geschichte und ihr Erbe betrafen, sondern auch Interessengegensätze in der Europäischen Union, die Politik gegenüber Russland und den USA, Energiefragen sowie Migration. Über viele Jahre hinweg blieben auch die Asymmetrie des Status der Polen in Deutschland und der deutschen Minderheit in Polen sowie Fragen des Unterrichts der Nachbarsprache Gegenstand von Streitigkeiten.

Im letzten Jahrzehnt wurden zahlreiche sehr negative Bewertungen sowohl des Vertrags als auch der Gesamtheit der Beziehungen formuliert. Teile der polnischen Politik forderten eine Neuverhandlung oder sogar Kündigung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags. Dazu kam es nicht, doch wirkten sich diese Streitigkeiten negativ auf die Atmosphäre der gegenseitigen Beziehungen und das Niveau des gesellschaftlichen Vertrauens aus. Nach drei Jahrzehnten geriet bereits in Vergessenheit, wo der Ausgangspunkt lag und welcher Anstrengung es bedurfte, das aufzubauen, was heute als selbstverständlich gilt.

Bilaterale Beziehungen erfordern kontinuierliche Arbeit, Diskussion und Kompromissbereitschaft. Eine wirksame Plattform zur Lösung von Problemen ist der Deutsch-Polnische Runde Tisch, der als Dialogforum vor allem zu Fragen der Minderheiten, der Bildung, der Erinnerung und der gesellschaftlichen Zusammenarbeit eingerichtet wurde. Nach dem Regierungswechsel in Polen im Dezember 2023 wurden regelmäßige Regierungskonsultationen sowie die Tätigkeit eines Teils der für den deutsch-polnischen Dialog zuständigen Gremien wiederaufgenommen. Auch Gespräche über europäische Sicherheit, Verteidigungszusammenarbeit, Bildung und Erinnerungspolitik wurden wieder aufgenommen.

Aus heutiger Perspektive ist erkennbar, dass der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag zu einem dauerhaften Element der europäischen politischen Ordnung geworden ist. Einige Forschende bezeichneten ihn sogar als **„ehrwürdiges Denkmal“**: als ein Dokument, dessen Bedeutung gerade deshalb oft übersehen wird, weil es seine Rolle gut erfüllt hat.

Erst neue Bedrohungen für Europa – insbesondere der großangelegte Angriff Russlands auf die Ukraine im Jahr 2022 – erinnerten an die historische Bedeutung einer dauerhaften deutsch-polnischen Partnerschaft. Die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO, die Unterstützung für die Ukraine, der Schutz der Ostflanke des Bündnisses sowie die Entwicklung militärischer und verteidigungspolitischer Zusammenarbeit zeigten, dass auf dem 1991 geschaffenen Fundament auch im 21. Jahrhundert aufgebaut werden kann.

Das neue deutsch-polnische Verteidigungsabkommen, das im Juni 2026 unterzeichnet wurde, ist eine symbolische Bestätigung des Wandels, der sich in den Beziehungen zwischen beiden Staaten vollzogen hat. Aus einstigen Gegnern sind Partner geworden, die gemeinsam Verantwortung für die Sicherheit Europas tragen.

Zeitleiste 1991–2026

1991 – Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit

1991 – Deutsch-Polnische Jugendwerk

1999 – Polen tritt der NATO bei

2004 – Polen tritt der Europäischen Union bei

2007 – Beitritt zum Schengen-Raum

2022 – Hilfe für die Opfer des Krieges in der Ukraine

2026 – Verteidigungsabkommen

Feierliche Eröffnung der Deutsch-Polnischen Reflexionsgruppe unter Beteiligung des Präsidenten der Republik Polen Andrzej Duda und des Bundespräsidenten Joachim Gauck.
Quelle: Foto: Bundesregierung, Kugler Steffen